

Für eine menschenwürdige Asylpolitik



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt)
Tagesordnungspunkt: T Tagesordnung/Formalia
Status: Antrag mit Klärungsbedarf

Antragstext

- 1 In den letzten Wochen und Monaten haben sich die Debatten rund um die Themen Migration
2 und
3 Asyl in Deutschland und Europa stark verschärft: Teile der deutschen Parteienlandschaft
4 fordern immer härtere Maßnahmen gegen Geflüchtete. Dabei sind die meisten Forderungen
5 realitätsfern, wirkungslos und purer Populismus.
6
7 Es muss klar gesagt werden: Das Recht auf Asyl gehört zu den universellen Menschenrechten,
8 und einige der aufkommenden Forderungen würden diese klar verletzen. Wer am Recht auf Asyl
9 rüttelt, höhlt das Fundament unserer Demokratie aus, missachtet eine der wichtigsten Lehren
10 aus dem Zweiten Weltkrieg und spielt rechten Kräften in die Hände. Einer solchen
11 Diskursverschärfung treten wir entschieden entgegen und erwarten dies von allen
12 hauptamtlichen Grünen Politiker*innen. Die Bundesdelegiertenkonferenz fordert den
13 Bundesvorstand, die Mitglieder der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die GRÜNEN sowie die
14 Grünen Minister*innen auf, zu Grünen Grundwerten und unseren Verbündeten in der
15 Zivilgesellschaft zu stehen und sich in der Asyldebatte rechten und menschenverachtenden
16 Positionen entgegenzustellen.
17
18 Leider bleibt es in der deutschen und europäischen Debatte nicht bei bloßen populistischen
19 Forderungen. Auch in konkreten Gesetzesvorhaben ist der europäische Rechtsruck zu erkennen.
20
21 Das prominenteste Beispiel ist dabei der neue Reformvorschlag für das "Gemeinsame
22 Europäische Asylsystem" (kurz: GEAS), welcher eine enorme Asylrechtsverschärfung bedeuten
23 und in Teilen das Recht auf Asyl in Europa faktisch abschaffen würde. Die Zustimmung der
24 Grünen Minister*innen zu diesem Gesetzespaket war ein Fehler und ist mit Grünen Grundwerten
25 unvereinbar.
26
27 Spätestens die Zustimmung zur sogenannten "Krisen-Verordnung", welche Teil des GEAS-
28 Gesetzespakets ist und es Staaten an den EU-Außengrenzen im Zweifelsfall ermöglicht, alle
29 nach Europa Flüchtenden an der Grenze über Wochen hinweg zu inhaftieren, widerspricht
30 außerdem dem Koalitionsvertrag der Ampelregierung.
31
32 Wir Grüne dürfen diesen menschenrechts- und demokratieschädigenden Kurs nicht weiter
33 mittragen. Deshalb setzt die Bundesdelegiertenkonferenz folgende **rote Linien** für Grüne
34 Migrationspolitik:
35
36
 - Die deutsche Zustimmung zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (kurz: GEAS)
muss
zurückgenommen werden, wenn in den Verhandlungen keine klaren Verbesserungen

31 erreichbar sind oder gar weitere Abschwächungen von Menschenrechtsstandards
32 hinzukommen.

33 • Eine Ausweitung des Status "sicheres Herkunftsland" auf weitere Staaten ist mit Grüner
34 Beteiligung undenkbar.

35 • Eine Auslagerung der europäischen Migrationspolitik in Drittstaaten, beispielsweise
36 nach dem Vorbild des britischen Abkommens mit Ruanda, darf es mit deutscher
37 Beteiligung nicht geben.

38 • Bundespolitische Haushaltskürzungen bei Migrationsberatung, Integrationskursen und
39 psychosozialer Beratung für Geflüchtete müssen gestoppt werden.

40 Von der Bundesregierung erwarten wir eine **konstruktive Migrationspolitik**. Dazu gehört in
41 unseren Augen:

42 ...auf bundespolitischer Ebene:

43 • Es braucht langfristige und verlässliche Vereinbarungen. Kommunen, die Geflüchtete
44 aufgenommen haben, werden deutlich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. In
45 Anlehnung an die 2015 vom Bund an die Länder ausgezahlten Pauschalen sollten dies mit

46 Rücksicht auf inflationsbedingte Mehrausgaben mindestens 1000 Euro monatlich pro
47 aufgenommenen Person sein. Außerdem wird die Vorhaltung von Aufnahmekapazitäten in
48 Kommunen über eine Vorhaltepauschale ermöglicht.

49 • Geflüchtete erhalten ab dem ersten Tag in Deutschland das Recht, einer Erwerbsarbeit
50 nachzugehen. Dies ermöglicht ihnen, ein neues Leben aufzubauen und entlastet Staat und

51 Kommunen. Der "Spurwechsel" (also die Möglichkeit, aufgrund einer Anstellung einen
52 Aufenthaltstitel zu erhalten) wird weiter vereinfacht.

53 • Alle Geflüchteten durchlaufen sofort einen „Rechtskreiswechsel“ (das heißt:
54 Absicherung nach dem Sozialgesetzbuch statt nach dem
55 Asylbewerber*innenleistungsgesetz). Dies hat im letzten Jahr im Fall der Geflüchteten
56 aus der Ukraine die Kommunen stark entlastet. Die sozialrechtliche Gleichstellung und
57 der freie Zugang zum Gesundheitssystem entlasten auch die Sozial- und
58 Ausländerbehörden und senken die Kosten für Kommunen.

59 • Analog zu den Regelungen, die für ukrainische Geflüchtete gelten, erhalten auch
60 Menschen aus anderen Herkunftsstaaten die Möglichkeit, ihren Unterkunftsort in
61 Deutschland frei zu wählen. Auch das entlastet die Kommunen ebenso wie die
62 Geflüchteten, da es ihnen ermöglicht, bei Verwandten unterzukommen. Für diejenigen,
63 die keine Unterkunft selbst organisieren können, ist eine dezentrale Unterbringung zu
64 bevorzugen. Das Konzept der sogenannte AnKER-Zentren muss, wie im Koalitionsvertrag
65 beschlossen, abgeschafft werden.

66 • Die finanzielle Unterstützung privater Seenotrettung durch den Bund wird ausgeweitet.
67 Diese Mittel werden, wie im Haushaltsausschuss des Bundestags 2022 beschlossen, durch

68 die Organisation "United4Rescue" an die NGOs verteilt.

69 ... auf europäischer Ebene:

70 • Wir fordern die Ausarbeitung eines fairen und menschenwürdigen europäischen
71 Asylsystems, in dem die Menschenrechte klar gewahrt werden, Sicherheit und Schutz

- 72 sowie echte Chancen für Geflüchtete geschaffen und Geflüchtete verbindlich solidarisch
73 auf die EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden.
- 74 • Wir fordern ein staatliches Seenotrettungsprogramm entlang der Fluchtrouten im
75 Mittelmeer, mit der eindeutigen Aufgabe, Menschen aus Seenot zu retten, um weitere
76 Tote zu vermeiden.
- 77 Sollten die gesetzten roten Linien und eine konstruktive Migrationspolitik, welche sich an
78 diesen Forderungen orientiert und Menschenrechte achtet, in dieser Regierungskoalition nicht
79 umsetzbar sein, fordert die Bundesdelegiertenkonferenz die Mitglieder der Bundestagsfraktion
80 von Bündnis 90/Die GRÜNEN sowie die Grünen Minister*innen auf, die Ampelkoalition zu
81 verlassen.
- 82 Grüne Politik darf nicht Rechtsextremen und Populist*innen folgen, sondern muss mutig und
83 klar für Grüne Werte und für Menschenrechte eintreten.

Begründung

erfolgt mündlich

weitere Antragsteller*innen

Phil Pioro (KV Regensburg-Stadt); Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt); Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt); Elli Wolf (KV Amberg-Sulzbach); Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt); Daniel Wedekind (KV Regensburg-Stadt); Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt); Burkard Wiesmann (KV Regensburg-Stadt); Umut Sahverdi (KV Nürnberg-Stadt); Wiebke Richter (KV Regensburg-Stadt); Christina Fichtner (KV Regensburg-Stadt); Daniela Stelzer (KV München); Nicolas Muje (KV Regensburg-Stadt); Gorden Isler (KV Hamburg-Nord); Mirjam Körner (KV Bayreuth-Stadt); Lucia Babac (KV Regensburg-Stadt); Carla Ober (KV Erlangen-Stadt); Martin Borkamm (KV Regensburg-Stadt); Nikola Heidi Diem (KV Regensburg-Stadt); sowie 128 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.